



Wenn Inflation auf eine zerrissene Gesellschaft trifft

Von Heinz-J. Bontrup | 1.6.2022

Wer profitiert, wer verliert durch die Inflation? Wie so vieles ist auch das eine Verteilungs- und Machtfrage, die durch Mythen verschleiert wird.

Die Inflation ist in aller Munde. Nicht nur in Deutschland. Dabei waren viele Jahre lang Preissteigerungen kein wirtschaftspolitisches Thema mehr. Seit der Wiedervereinigung bis 2020 lag der Deflator des Bruttoinlandsprodukts mal gerade bei jahresdurchschnittlich 1,5 Prozent, also unterhalb der von der Europäischen Zentralbank geforderten Zielinflationsrate von 2 Prozent. Das preisbereinigte Wirtschaftswachstum und damit die Nachfrage waren zu schwach, um das zur Verfügung stehende Angebot auszulasten. Das drückte auf die Preise. Selbst marktstarke Unternehmen tun sich dann mit Preissteigerungen schwer.

Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit

Außerdem sorgten über der Wachstumsrate liegende Produktivitätsraten für hohe Arbeitslosigkeit. Die Antwort darauf waren nicht Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sondern eine Prekarisierung von Arbeit: Teilzeit, befristete Arbeit, Leiharbeit und Flexibilisierung von Arbeit, auch mit Ladenöffnungszeiten bis 22.00 Uhr und vermehrter Sonntagsarbeit, wurden verstärkt.

Die Gewerkschaften konnten dies auf Grund fehlender Machtpotenziale (immer weniger Mitglieder) nicht verhindern. Es fehlte aber auch an einer holistisch fundierten strategischen Orientierung außerhalb einer kapitalistischen Wirtschaft. Die Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie ist hier bis heute kein Thema. Schon 2004 schrieb der Sozialphilosoph und Soziologe Oskar Negt:

„Um ihre Zukunft müßten sich die Gewerkschaften keine Sorgen machen, würden sie mit Willen und Bewußtsein (auch mit ein bißchen Mut und Leidenschaft) die Bewältigung jener Aufgaben in Angriff nehmen, die sich ihnen, (...) geradezu entgegendrängen. Erst dadurch könnten sie aus der Angststarre der Verteidigung heraus und müßten auf die bitter-ironische Frage *Wozu noch Gewerkschaften?* nicht fortwährend nach Verlegenheitsantworten suchen.“

Chronische Arbeitslosigkeit blieb so den Kapitaleignern als Disziplinierungsinstrument gegen Arbeitslose und Beschäftigte erhalten. Heute sind immer noch 3 Millionen Menschen arbeitslos (davon viele Langzeit-Arbeitslose), die nicht zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beitragen und Milliarden an fiskalischen Kosten durch ihre Alimentierung, Steuer- und Sozialversicherungsausfall verursachen. Gleichzeitig fehlen auf vielen Teilarbeitsmärkten, nicht zuletzt wegen schlechter Bezahlung, Fachkräfte. Die Arbeitsmärkte sind gespalten. Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlte prekäre Beschäftigung sorgen hier für Nachfrageausfall, der in Deutschland aber immerhin durch gigantische Exportüberschüsse teilweise kompensiert werden konnte.

Ausgeglichene Terms of Trade – wie lange noch?

Sind hierbei von den Exportüberschüssen inflationäre Effekte ausgegangen? Dies wäre immer dann der Fall, wenn sich die Importgüter, für Deutschland sind das insbesondere der Energieimport und der im Ausland gemachte Urlaub in Relation zu den Exportgütern verteuern würden. Steigen die Preise für

Exportgüter stärker als die Preise der Importgüter, dann spricht man von einer Verbesserung der Terms of Trade (et vice versa), wobei diese neben den Preisen auch von den jeweiligen Wechselkursen beeinflusst werden.

Die jahresdurchschnittlichen Deflatoren der Exporte in Relation zu den Deflatoren der Importe lagen dabei – die Wechselkurse berücksichtigt – von 2005 bis 2021 in Deutschland bei plus/minus null. Das heißt, die Terms of Trade waren lehrbuchmäßig ausgeglichen. Es gingen damit vom Außenbeitrag Deutschlands keine inflationären Impulse auf die Binnenwirtschaft aus. Ob dies zukünftig bei veränderten Energieimporten – vor allem, wenn die preiswerten Einkäufe aus Russland abgekoppelt werden – so bleiben wird, ist allerdings fraglich.

Geldpolitik hilft nicht bei exogenen Inflationsursachen

Vor diesem gesamten Hintergrund von Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Umverteilung zu den Kapitaleinkünften und Exportüberschüssen ist es in Deutschland zu einer „*zerrissenen Republik*“ (Christoph Butterwegge) gekommen. Und jetzt ist es auch noch zu Inflation gekommen. Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts ist 2021 um 3,1 Prozent gestiegen und 2022 werden es wohl um die 5 Prozent sein. Wie erklärt sich das?

Nun, die momentane Inflation, die Kaufkraft kostet, hat keine endogenen, sondern *exogene Ursachen*: Pandemie und Krieg. Das weltweite Angebot ist dadurch verknappt worden, die internationale Arbeitsteilung mit ihren Lieferketten ist fast zusammengebrochen und es kam bei weiter potenziell bestehender Nachfrage zu einer *angebotsseitigen Inflation*; nicht nur in Deutschland.

Werden demnach die exogenen Ursachen beseitigt, so wird die Inflation auch wieder verschwinden. Daher wäre es jetzt ein Wahnsinn, wenn die Notenbanken auf die steigenden Preise mit einer restriktiven Geldpolitik reagieren würden. Es ist unglaublich, wie der gerade bestellte Bundesbankpräsident Joachim Nagel mehrere Leitzinserhöhungen noch in diesem Jahr durch die EZB einfordert.

Zinserhöhungen und das Einstellen der Aufkäufe von Staatsanleihen durch die Notenbanken würden an den momentan auftretenden exogenen Inflationsursachen nichts verändern. Im Gegenteil, eine restriktive Geldpolitik würde den wirtschaftlichen Aufschwung schwer konterkarieren und die *Stagflationskrise* noch verschärfen.

Die zinsreagible Bau- und Immobilienwirtschaft käme in arge Not und dass bei einem großen Wohnraummangel. Aber auch für den Staat würden sich die Kredite verteuern und damit die Zinsausgaben erhöhen. Für notwendige Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz wäre dann weniger Geld da; zumal die Ampel-Regierung in einer nicht zu überbietenden wirtschaftspolitischen Borniertheit an der Schuldenbremse festhält und Steuererhöhungen kategorisch ablehnt.

Inflationshärten am unteren Ende

Natürlich kommt es bei der Inflation zu Härten, insbesondere bei denen, die eh so gut wie nichts an Einkommen, geschweige denn an Vermögen, haben: bei Arbeitslosen, Rentnern und den schon seit langem prekarierten und verarmten Menschen in Deutschland. Das sind Millionen. Auch ohne Inflation waren diese Menschen aber schon bitterarm, was nicht nur die über tausend Tafelvereine in Deutschland bekunden. Sie könnten jetzt den Ansturm der Verarmten wegen der Inflation nicht mehr bewältigen und bekämen immer weniger Wegwerfwaren von Spendern, so der Vorstand der Tafeln e.V.

Dabei regt sich über die längst etablierten „Tafeln“ zur Armenspeisung und auch über die sogenannten „Sozialkaufhäuser“ so gut wie niemand mehr auf. Ein klassisches Beispiel für das Fehlen eines kausalen Denkens in der Gesellschaft mit Realitätsverlust. Anstatt nach den *Ursachen*, auch für Hartz IV, zu fragen und diese zu beseitigen, kommt es nur noch zu einem *symptomhaften* Denken und einer nicht einmal hinreichenden Palliativpolitik. Hier hat jetzt die Ampel-Regierung an verschiedenen Stellen mit Entlastungen auf die Inflation reagiert:

- Eine Entlastung in der Lohn- und Einkommensteuer durch einen Anstieg des Arbeitnehmerpauschalbetrags um 200 Euro, des Grundfreibetrags um 363 Euro sowie der Entfernungspauschale für Fernpendler auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer.
- Ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher in Höhe von 200 Euro in Ein-Personen-Haushalten bzw. von 350 Euro für einen Zwei-Personen-Haushalt (zuzüglich 70 Euro je weitere Person) und von 230 Euro für Bafög beziehende Auszubildende bzw. Studierende.
- Der raschere Wegfall der EEG-Umlage ab Anfang Juli 2022.
- Die Energiepreispauschale, wonach alle Einkommensteuerpflichtigen eine allerdings zu versteuernde Einmalzahlung von 300 Euro im Jahr 2022 erhalten.

- Eine Einmalzahlung für Sozialhilfeempfänger von 200 Euro im Jahr 2022.
- Ein Kinderbonus in Höhe einer Einmalzahlung von 100 Euro pro Kind im Jahr 2022.
- Einführung eines 9 EUR Tickets für den ÖPNV.
- Eine auf drei Monate befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe.

Jetzt will Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) zusätzlich für alle Einkommensempfänger mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von unter 4.000 EUR (verheiratete unter 8.000 EUR) ein „*soziales Klimageld*“ einführen. Hier sollte man wissen, dass 2021 das jahresdurchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt bei nur 3.177 EUR im Monat lag. Wie Heil demnach sein „Klimageld“ finanzieren will, weiß wohl nur er.

Auch ein Bürgergeld, das Hartz-IV abschaffen soll, sei hier mit 40 bis 50 EUR aufzustocken. Immerhin erkennt Heil aber, dass Senkungen von indirekten Steuern, von der Umsatz- bis zur Mineralölsteuer, zur Inflationsentlastung völlig ungeeignet sind. Ganz einfach deshalb, weil von diesen Senkungen auch die einkommensstarken und Vermögenden profitieren würden. Vorausgesetzt, die Unternehmen würden überhaupt die Steuersenkungen an ihre Kunden weitergeben.

Hier wird deutlich, warum kapitalfreundliche Parteien und Kapitaleigner mit ihren Lobbyorganisationen solche indirekten Steuersenkungen trotzdem fordern. Insgesamt ist der Ampel-Regierung mittlerweile aber wohl aufgegangen, dass – unabhängig von den exogenen Ursachen Pandemie und Krieg – auch eine *Energiewende* zur Bekämpfung der Klimakrise die *Preise* massiv erhöhen wird. In der „zerrissenen Republik“ Deutschland wird das zu noch mehr gesellschaftspolitischen Verwerfungen führen.^[1]

Was die einen bekommen, können die anderen nicht mehr haben

Weil in den Stückkosten der einzelnen Wirtschaftszweige, neben den Arbeitsentgelten für die abhängig Beschäftigten, immer auch *Vorleistungen* der liefernden Wirtschaftszweige enthalten sind, kommt es hier zu Doppelzahlungen, wenn diese nicht beseitigt werden. So sind beispielsweise in den eingekauften Materialaufwendungen der Automobilhersteller neben den Rohstoffen, die Personalaufwendungen, Abschreibungen und Mehrwertverrechnungen der Stahl liefernden Unternehmen enthalten.

Man muss sich hier immer wieder wundern, dass dieser triviale Tatbestand offenbar selbst manchem Ökonomen nicht geläufig ist. Ansonsten würde hier nicht ständig die Personalintensität (Personalaufwand in Relation zum Umsatz) mit der Lohnquote (Personalaufwand in Relation zur Wertschöpfung) verwechselt. Betriebswirtschaft ist eben keine Volkswirtschaft.^[2]

Hier zeigt sich im Ergebnis die *Verteilung der Wertschöpfung* zwischen den Lohnempfängern und den Mehrwertempfängern vor staatlicher Umverteilung. Was die einen bekommen, können die anderen nicht mehr haben. Steigt dabei die Wertschöpfung inflationär, so steht auch nominal mehr zur Verteilung zwischen Kapital und Arbeit zur Verfügung. Preise sind Verteilungsmasse. Wer am Ende die Preissteigerungen erhält, entscheidet in der kapitalistischen Ökonomie aber immer die *Machtfrage*. Wer die größte Macht hat, bekommt auch am meisten ab.

Können die Gewerkschaften die gestiegenen Preise in den Lohnverhandlungen nicht kompensieren, sinken die Reallöhne – es kommt zu einer Umverteilung hin zu den Mehrwertempfängern, wobei es auch hier einen inhärenten Verteilungskampf der „feindlichen Brüder“ (Karl Marx) gibt.

Das erklärt unter anderem den Frust der Geldkapitaleigner, wenn negative Realzinsen vorliegen, und freut die Immobilieneigentümer, wenn die nominalen Mieten mehr steigen als die Inflationsrate. Der Preis ist im Kapitalismus eben die *schärfste Waffe* eines jeden Unternehmers, hatte schon 1776 der liberale Ökonom Adam Smith vermerkt. Nicht nur, dass der Unternehmer, ausgestattet mit einer verfassungsrechtlich abgesicherten unternehmerischen Freiheit, den Preis für seine Produkte am Markt bestimmt. Nein, er weiß natürlich auch, dass er mit seinem Unternehmen nichts zusätzlich dafür leisten muss, wenn er die Preise erhöht. Die Kosten nehmen ohne Mehrproduktion nicht zu und es kommt so zu einer *leistungslosen Profiterhöhung*.

Deshalb sollen Preiserhöhungen, so jedenfalls die marktwirtschaftliche Ideologie, durch *Wettbewerb* verhindert werden. Dieser sollte schließlich dafür sorgen, dass die Preissetzungsmacht der Unternehmer restringiert würde. Wettbewerb sei das „genialste Entmachtungsinstrument“ (Franz Josef Böhm) in einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung. Und außerdem sei da noch die Marktgegenseite, die der Nachfrager. Hier müssten selbst marktmächtige Unternehmen die Preiselastizität der Nachfrage beachten. Das ist richtig, wenn

denn eine solche Preiselastizität gegeben ist. Bei einer überwiegend anzutreffenden unelastischen Nachfrage ist dies aber nicht der Fall.

Und von einer hohen marktimmanenten Konzentration, von Zentralisationsprozessen und daraus folgenden Marktmachtmissbräuchen auf der Angebotsseite, geschweige denn von Kartellen, wollen die Marktapologeten hier natürlich auch nichts wissen. Sie erkennen zwar die empirisch nicht zu leugnende Problematik und sprechen von unschönen „marktwirtschaftlichen Entartungen“. Sie wollen es aber dennoch einfach nicht wahrhaben, dass die Ausschaltung von Wettbewerb, letztlich das Monopol oder Monopson, nicht eine „Entartung“, sondern das *permanente Ziel* aller Unternehmer ist. Schließlich ist der Preis eines Monopolisten immer der höchste und der Einkaufspreis eines Monopsonisten der Niedrigste, was übrigens auch die Ambivalenz von Preisen zeigt. Der Verkäufer freut sich über Preissteigerungen und der Nachfrager ärgert sich, et vice versa.

Um die Beschäftigten, aber aus ideologischen Gründen auch die allgemeine Öffentlichkeit, im Verteilungskampf um Wertschöpfungen über Preise möglichst zu mystifizieren, wurde hier die Mär von einer *Lohn-Preis-Spirale* erfunden. Lügen die Nominallohnsteigerungen oberhalb der Arbeitsproduktivitätszuwächse, dann käme es zu lohnkosteninduzierten Preissteigerungen. Eine solche Argumentation übersieht jedoch wissentlich, dass jede Preisgleichung, wie dargelegt, immer aus Lohnstückkosten und Stückgewinnen besteht, wenn wir einmal die Zinsen und die Grundrente als Mehrwertgrößen in der Gleichung außen vorhalten.

Steigen tatsächlich in der Gleichung die Lohnstückkosten, dann kommt es aber nur dann zu Preissteigerungen, wenn die Stückgewinne der Kapitaleigner konstant bleiben sollen. Genau das wollen sie natürlich und deshalb wurde die Lohn-Preis-Spirale erfunden. Würde es dagegen zu einer Umverteilung von den Gewinn- zu den Lohneinkommen kommen, und in Folge würden die Stückgewinne sinken, dann gäbe es auch keine Preissteigerungen. Und zu Preissteigerungen muss es auch nicht kommen, wenn die Arbeitsentgelte mit der Produktivitätsrate zulegen. Dann erhöhen sich nämlich mit exakt gleicher Rate auch die Gewinne.

Fazit: Ziel muss Verteilungsneutralität sein

Die *exogenen Ursachen* (Pandemie, Krieg) der Inflation müssen hingenommen werden. Zur Abfederung von Inflationshärten muss es aber zu einem *gezielten Ausgleich* aller einkommensschwachen Haushalte, auch der Rentner-, Arbeitslosen- und Studierendenhaushalte, kommen. Die hier bisher von der Ampel-Regierung aufgelegten Entlastungen reichen weder aus, noch sind sie zielgenau. Indirekte Steuersenkungen, wie manche fordern, sind hier kontraproduktiv.

Von den exogenen Inflationsursachen sind die *endogenen (internalisierten) Preissteigerungen* auf Grund der Energiewende zum Klimaschutz zu unterscheiden. Diese halten sich bis heute noch in Grenzen. Es wird hier aber mittel- und langfristig zu kräftigen Preiserhöhungen kommen müssen. Auch diese werden die einkommensschwachen Haushalte in einer insgesamt zerrissenen Gesellschaft Übergebühr hart treffen.

Der Ausgleich kann dabei nicht mehr durch eine *staatliche Sekundärverteilung* erfolgen. Dies entspräche lediglich einer nicht zielführenden Symptompolitik. Notwendig ist hier eine ursachenorientierte Politik, die auf Basis der allgemein gültigen Preisgleichung die *Primärverteilung* berücksichtigt bzw. in den wirtschaftspolitischen Fokus rückt.

Hier sind die Gewerkschaften gefordert. Sie werden aber politische Unterstützung brauchen. Ziel muss mindestens eine *Verteilungsneutralität* zwischen Kapital und Arbeit sein. Dann gibt es auch keinen Grund für Preissteigerungen bzw. Inflation. Und selbst bei einer Umverteilung zu Gunsten der Beschäftigten mit steigenden Lohnstückkosten müssen die Preise nicht steigen. Im Ergebnis würden so lediglich die Stückgewinne sinken. Dies wäre dann ein Beitrag in die richtige Richtung. In eine verbesserte und gegen eine ansonsten noch zunehmende zerrissene Gesellschaft, in der der Umwelt- und Klimaschutz dann auch keine Chance mehr hat.

[1] Um das Ganze zu verstehen, müssen wir nur einen Blick in die allgemeine Preisgleichung werfen.

Hier setzt sich der Preis (p) zwischen den einzelnen Wirtschaftszeigen jeweils aus den Stückkosten ($\frac{K}{q}$), also aus den Gesamtkosten und den damit produzierten Mengen (q) (inkl. Produktqualitäten), und dem Mehrwert je Stück ($\frac{M}{q}$) zusammen. Dabei enthält der Mehrwert (M) die Zinsen (Z), Grundrenten (G_r) und die Profite (P).

$$p = \frac{K}{q} + \frac{M (Z + G_r + P)}{q}$$

[2] Die finale, um die Vorleistungen, bereinigte gesamtwirtschaftliche Preisgleichung reduziert sich deshalb immer auf:

die verbleibenden Lohnstückkosten ($\frac{L}{q}$) und dem verrechneten Mehrwert je Stück $\frac{M (Z + G_r + P)}{q}$.

$$p = \frac{L}{q} + \frac{M (Z + G_r + P)}{q}$$

$$W = p \cdot q = L + M (Z + G_r + P)$$